

II- 2520 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 16. Mai 1973  
Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

Zl. 50.004/9-4/0/1-73

1161 / A.B.  
zu 1149 / J.  
Präs. am 17. Mai 1973

## B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dipl.Ing. HANREICH  
und Genossen an die Frau Bundesminister für  
Gesundheit und Umweltschutz betreffend Vorgangs-  
weise der Gesundheitsbehörden bei Verdacht eines  
Verbrechens (Nr. 1149/J-NR/1973).

In der vorliegenden Anfrage werden an mich folgende  
Fragen gerichtet:

1. Welchen Zeitraum haben die mit dem gegenständlichen  
Fall befaßten Gesundheitsbehörden für die notwendigen Un-  
tersuchungen benötigt?
2. Wie lautet das Ergebnis dieser Untersuchungen?
3. Wann erfolgte die Einschaltung von Polizei und  
Staatsanwaltschaft?
4. Falls die Beantwortung der Fragen 1 - 3 den ein-  
gangs wiedergegebenen Sachverhalt bestätigen sollten: Wie  
erklären Sie diese Haltung der Gesundheitsbehörden, bzw.  
was werden Sie veranlassen, damit derartige Versäumnisse  
sich in Hinkunft nicht wiederholen?

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1.:

Am 7. März 1973 wurden zwei akute Erkrankungsfälle mit

./.

- 2 -

fieberhaften Magen- und Darmstörungen der Gesundheitsabteilung des Magistrates der Stadt St.Pölten angezeigt. Bei den Erkrankungsfällen bestand die Möglichkeit eines Zusammenhangs mit einem Essen einer Hochzeitsgesellschaft im Hotel Pittner am 3. März 1973.

- Noch am selben Tag, am 7. März 1973 wurden von der Sanitätsbehörde 1. Instanz

- a) die sofortige Überprüfung der im Hotel Pittner beschäftigten Personen nach dem Bazillenaus-scheidergesetz,
- b) eine Revision der Betriebsstätte durch den Lebensmittelinspektor und
- c) bakteriologische Untersuchungen der Ausscheidungen der erkrankten Personen veranlaßt.

Das Ergebnis der bakteriologischen Untersuchungen lag bereits am 9. März 1973 vor.

Zu 2.:

- Die bakteriologischen Untersuchungen sind negativ verlaufen. Es konnten keine darmpathogenen Krankheitserreger nachgewiesen werden.

Zu 3.:

Am 13. März 1973 wurde der Gesundheitsabteilung des Magistrates der Stadt St.Pölten von einem der Gastgeber der Gesellschaft eine Liste von 26, größtenteils außerhalb St.Pöltens wohnhaften Personen vorgelegt, die Teilnehmer der

- 3 -

Gesellschaft waren und angeblich unter gleichartigen Erscheinungen erkrankt gewesen, unterdessen aber bereits wieder genesen seien. Da nach den ziemlich gleichzeitigen Ersterkrankungen zwischen dem 4. und 6. März 1973 keine weiteren neuen Erkrankungsfälle gemeldet und dem Vernehmen nach nicht aufgetreten waren, hatte die Sanitätsbehörde 1. Instanz keine Veranlassung zu weiteren Maßnahmen. Auf Grund eines Artikels in einer St.Pöltner Wochenzeitung vom 13. März 1973, in der sehr konkrete Andeutungen in Richtung eines kriminellen Geschehens gemacht wurden, hat die Sanitätsbehörde 1. Instanz an die Staatsanwaltschaft St.Pölten am 15. März 1973 den Sachverhalt angezeigt.

Laut Bericht der Kriminalpolizei St.Pölten vom 28. März 1973 haben sich die Gerüchte über das Vorliegen eines kriminellen Geschehens als haltlos erwiesen.

Zu 4.:

Die Beantwortung der Fragen 1 - 3 stellt klar, daß für die Gesundheitsbehörde insbesondere auf Grund der Tatsache, daß zwei Fälle von Magen-Darmerkrankungen gemeldet wurden, kein Anlaß zur Einschaltung von Staatsanwaltschaft oder Polizei gegeben war. Ein Versäumnis der Gesundheitsbehörde ist auszuschließen; die Gesundheitsbehörde hat die notwendigen und zweckdienlichen Erhebungen im Rahmen ihres Wirkungsbereiches raschest vorgenommen.

Der vorliegende Fall stellt daher keinen Grund für weitere Veranlassungen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz dar.

Der Bundesminister:

